

**Rede von Oberbürgermeister Frank Meyer
zum „Frühjahresempfang“ (Neujahresempfang) der Stadt Krefeld**

3.3.2018 / Stadtwaldhaus

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

wie Sie am zarten Grün der Bäume vor dem Fenster erkennen können, werden Sie heute Zeuge einer Premiere. Ich begrüße Sie herzlich zum ersten „Frühjahresempfang“ der Stadt Krefeld: Dabei handelt es sich nicht um die revolutionäre Neukonzeption eines höchst innovativen Oberbürgermeisters, sondern schlicht um das Ergebnis höherer Gewalt.

Unser traditioneller Neujahresempfang wurde, wie Sie wissen, vom Winde verweht, oder anders gesagt: Friederike ist schuld.

Die Spuren des Sturms vom 18. Januar waren schnell beseitigt – und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei der Feuerwehr, dem THW, dem Grünflächenamt und allen anderen Helferinnen und Helfern bedanken: Ihr habt großartige Arbeit geleistet! Aber am Abend des 18. Januar, als hier im Stadtwaldhaus der Neujahresempfang stattfinden sollte und der Sturm gerade erst vorüber gezogen war, da wäre es eindeutig zu gefährlich gewesen, den Stadtwald zu betreten – und deshalb war es die richtige Entscheidung, den Empfang zu verschieben.

Der Schwerpunkt ist ohnehin der gleiche geblieben: Es soll heute in erster Linie um Wahlen und um Demokratie gehen, ein Thema, das immer aktuell ist und zugleich vollkommen zeitlos. Wie Sie der Einladung entnehmen konnten, haben wir neben Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Lebens diesmal speziell die treuen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu diesem Empfang gebeten.

Für uns als Demokraten ist Wählen eine Schlüsselqualifikation, das einfachste und zugleich das wichtigste Instrument politischer Mitbestimmung.

Doch was uns vom 18. Lebensjahr an so einfach und so selbstverständlich erscheint – sonntags ins Wahllokal gehen, jeder nur zwei Kreuze (frei nach Monty Python), Stimmzettel einwerfen – ist in Wahrheit ziemlich komplex. Wenn man wissenschaftlich messen möchte, wie demokratisch eine Wahl abläuft, muss man viele Aspekte unter die Lupe nehmen, zum Beispiel die Wahlgesetze, das Wahlsystem, die Einteilung der Bezirke, die Registrierung der Wähler und der Parteien, die mediale Präsenz der Parteien im Wahlkampf, die Abläufe am

eigentlichen Wahltag, die Auszählung der Stimmen und die Befugnisse der Autoritäten, die eine Wahl überwachen. All diese Bestandteile einer Wahl können mehr oder weniger demokratisch sein – und sie haben letztlich Auswirkungen auf die Stabilität und die Lebensfähigkeit einer Demokratie.

Forscher der Universitäten von Harvard und Sydney messen diese Faktoren regelmäßig in allen Ländern der Welt, in denen Wahlen stattfinden. Daraus ergibt sich ein Index, an dessen Ende Krisenstaaten wie Äthiopien, Syrien oder Burundi stehen, die USA als älteste Demokratie der Welt schaffen es mit ihrem Wahlsystem nur auf Platz 55 – Schlusslicht unter allen westlichen Demokratien. Deutschland hingegen landet weltweit auf dem siebten Rang – hinter den nordeuropäischen Ländern Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island sowie, etwas überraschend, Costa Rica.

Wie die Studie beweist, haben die Väter unseres Grundgesetzes eine gute Basis gelegt, um Deutschland als Demokratie abzusichern. Die Grundlage, die sie seinerzeit geschaffen haben, beruht auf den Erfahrungen von zwei Weltkriegen und der Zeit des Nationalsozialismus: Wie die junge Demokratie der Weimarer Republik binnen kurzer Zeit zerlegt, entsorgt und durch ein unmenschliches System ersetzt wurde, das war den Gründern der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten eine eindrückliche Mahnung – eine Mahnung, die bis heute gilt und die wir uns immer wieder bewusst machen sollten. Vieles, was Deutschland bis in die Gegenwart ausmacht, ist in den Geburtstagen der Bundesrepublik aus guten Gründen entstanden – unter anderem das Wahlrecht.

Das Grundgesetz garantiert uns eine allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl. Damit eine solche Wahl tatsächlich stattfinden kann, brauchen wir eine entscheidende Voraussetzung, nämlich Transparenz.

Transparenz ist ein Lebenselixier für jede Demokratie – denn erst durch die Offenheit und Nachvollziehbarkeit demokratischer Prozesse entsteht Vertrauen und Verlässlichkeit.

In Deutschland hat deshalb jeder Mann, jede Frau und jede Organisation – egal ob aus dem In- oder Ausland – das Recht, die Wahl und auch die anschließende Auszählung der Stimmen zu beobachten: Das Prinzip der Öffentlichkeit ist auf diese Weise in der Bundeswahlordnung festgeschrieben, und zwar ohne Einschränkungen. Und noch eine weitere Besonderheit des deutschen Wahlrechts sorgt für Transparenz, Offenheit und Nachvollziehbarkeit – nämlich der Einsatz von hunderttausenden ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern.

Es sind nicht in erster Linie Behörden und staatliche Institutionen, die garantieren, dass eine Wahl ordnungsmäßig abläuft – es sind die Bürgerinnen und Bürger: Wer eine Wahl manipulieren wollte, der müsste das Volk selbst aktiv hinters Licht führen.

Viele von Ihnen hier im Saal gehören zu den Menschen, die regelmäßig mit großem persönlichem Einsatz dafür sorgen, dass die Wahlen in Krefeld gut über die Bühne gehen. Sie verbringen Ihre Wahlsonntage in einem der gut 180 Wahllokale auf unserem Stadtgebiet: Zwischen 8 Uhr morgens und 18 Uhr abends begrüßen Sie hunderte von Wählerinnen und Wählern mit einem „Guten Morgen!“, „Guten Tag!“, „Hallo!“ oder „Mensch, lange nicht

gesehen!“ Sie gleichen den ganzen Tag Listen ab und händigen Wahlzettel aus, Sie überprüfen die Wahlberechtigung im Wählerverzeichnis, Sie stehen für Fragen zur Verfügung, Sie sammeln die Zettel in den Wahlurnen, und am Abend zählen Sie die Stimmen aus – und zwar mehrfach, damit das Ergebnis am Ende auf jeden Fall stimmt.

Selbst wenn Sie Ihren Dienst in Schichten einteilen, kommt für manche von Ihnen ein Acht- bis Zehn-Stunden-Tag zusammen, und das an einem Sonntag – als monetäre Belohnung gibt es nur eine kleine Aufwandsentschädigung, die mit der etwas eigenwilligen Bezeichnung „Erfrischungsgeld“ versehen ist. Nichtsdestotrotz stellen sich bei jeder Bundestagswahl im ganzen Land mehr als eine halbe Million Menschen als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zur Verfügung – nahezu alle erfüllen ihre Aufgabe neutral, zuverlässig und gewissenhaft.

Alleine in Krefeld melden sich jedes Mal rund 1500 Freiwillige, um die Wahl ordnungsgemäß über die Bühne zu bringen – das ist fast ein Prozent der Wahlberechtigten. Rund zwei Drittel der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in Krefeld sind älter als 45 Jahre, doch immerhin sind auch zwölf Prozent jünger als 25: In manchen Wahllokalen ist der Wahlsonntag eine Art Treffen der Generationen und im gewissen Sinne ein Spiegelbild unserer Stadtgesellschaft.

Es sind Männer und Frauen (deren Anteil übrigens etwa ausgeglichen ist), Alte und Junge, Arme und Wohlhabende, die alle eines gemeinsam haben: Sie sind überzeugte Demokraten und zeigen es durch ihre aktive Teilnahme am Wahlgesehen. Obwohl das Gesetz einer Kommune die Möglichkeit gibt, Bürgerinnen und Bürger zur Not auch zwangsweise zum Dienst an der Urne zu verpflichten, mussten wir in Krefeld davon noch kein einziges Mal Gebrauch machen. Auch dass Wahlhelferinnen und Wahlhelfer vom sogenannten „Wahltagvirus“ befallen werden und sich aus Lustlosigkeit kurzfristig krank melden, ist eine absolute Ausnahme – und wenn es geschieht, dann sind die Leute vermutlich wirklich gesundheitlich angeschlagen.

Ich empfinde es als ein wunderbares Signal für die Stärke unserer Demokratie, wenn sich selbst in Superwahljahren wie 2017 so viele Menschen bereitfinden, sich an der Organisation einer oder gleich mehrerer Wahlen zu beteiligen.

Demokratie – im ursprünglichen Wortsinn die „Herrschaft des Staatsvolkes“ – füllt sich an solchen Wahltagen mit Leben. Wenn ich sehe, wie am Wahlsonntag der halbe Stadtteil auf den Beinen ist, wie Grüppchen vor den Wahllokalen stehen und diskutieren, wie sich abends Freundeskreise vor dem Fernseher zusammenfinden wie sonst nur bei wichtigen Fußball-Länderspielen, dann ist das ein unübersehbares Zeichen für eine lebendige Demokratie.

Wer umgekehrt an Wahltagen zu Hause bleibt und darüber schimpft, dass ohnehin alles immer schlechter wird – und wozu sollte man dann überhaupt noch wählen gehen? –, der hat etwas Entscheidendes nicht verstanden. Demokratie gibt uns zwar viel, aber sie verlangt auch etwas – und sei es nur das Ausüben unserer Schlüsselqualifikation, die kinderleichte und doch verantwortungsvolle Prozedur der Stimmabgabe am Wahltag. Sie als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer erfüllen diesen Anspruch in besonderer Weise, indem Sie die Wahl zu Ihrer eigenen Angelegenheit erklären, indem Sie den Nachweis antreten, dass Demokratie nur durch die Kraft und das Engagement des Einzelnen funktionieren kann.

Sie alle haben etwas Entscheidendes verstanden: Demokratie bedeutet Arbeit.

Das sieht man in ähnlichem Maße bei Menschen, die sich in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen politisch, sozial und gesellschaftlich engagieren: Wenn Demokratie das Ringen um die beste Lösung ist, dann steigen diese Menschen selbst in den Ring, statt nur zuzusehen.

An dieser Stelle muss ich mal eine Lanze brechen für den viel gescholtenen Berufsstand des Politikers – und damit meine ich nicht mich selbst, denn als Oberbürgermeister bin ich ja in erster Linie Chef einer Verwaltung mit rund 3500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und oberster Repräsentant der Stadt. Ich rede zum Beispiel von den Kolleginnen und Kollegen, die nach der letzten Bundestagswahl in Berlin wochen- und monatelang über die Ziele und Inhalte einer künftigen Regierung diskutiert und versucht haben, eine Koalition zu schmieden: Natürlich haben die alle auch ihre eigenen Interessen; sie kämpfen mit harten Bandagen; sie schließen manchmal faule Kompromisse; und sie geben vielleicht nicht immer die beste Figur ab. Aber: Quer durch alle Parteien ringen sie über Wochen bis tief in die Nacht um die Zukunft unseres Landes – und dafür sollte man bitte mehr übrig haben als den Spott und die Verachtung, die in Teilen der Medien und der Öffentlichkeit leider zum üblichen Umgangston geworden sind.

Nun sind die Kolleginnen und Kollegen in Berlin allesamt Berufspolitiker und müssen sich einer kritischen Öffentlichkeit stellen, viele verfügen sicher auch über ein dickes Fell. Aber im lokalen Bereich und natürlich auch bei uns in Krefeld, ist politisches Engagement in weiten Teilen ein Ehrenamt: Ich finde es ausgesprochen unfair, wenn in sozialen Netzwerken oder an der Theke über „diese Hobby-Politiker“ gelästert wird, die angeblich von nichts eine Ahnung haben. Natürlich haben wir alle unsere Schwächen und Fehler, aber wir sollten nicht vergessen, dass die Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker in Krefeld das Gemeinwesen zu ihrer Herzenssache erklärt haben und dass sie in ihrer Freizeit intensiv für diese Stadt arbeiten – dafür verdienen sie unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Das Gleiche gilt natürlich für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die zwar im Hauptberuf für Krefeld arbeiten, aber nicht minder engagiert: Auch sie haben es nicht verdient, angegangen oder vorgeführt zu werden.

Ich muss ganz deutlich sagen: Wenn ich sehe, was wir alle gemeinsam in der letzten Ratssitzung des alten Jahres für Krefeld auf den Weg gebracht haben, dann empfinde ich Zufriedenheit und auch ein bisschen Stolz. Über manche Differenzen hinweg haben wir im Sinne der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger einen Haushalt auf den Weg gebracht, der Krefeld vermutlich schon im kommenden Jahr nach sage und schreibe 25 Jahren aus dem Minus führen wird – und der trotzdem ehrgeizige und mutige Ziele für diese Stadt definiert.

Ich will einige Beispiele nennen: Wir geben in den nächsten Jahren fast 100 Millionen Euro für die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen aus; wir schaffen bis 2020/21 fast 700 zusätzliche Kita-Plätze; hinzu kommen neue Stellen in der Jugendarbeit – die erste richtige Aufstockung in diesem Bereich seit mindestens zwei Jahrzehnten. Wir sanieren für 140 Millionen Euro Straßen und Radwege, wir investieren Geld in die Sanierung städtischer Gebäude und kaufen Problemhäuser, um die Innenstadt aufzuwerten.

Darüber hinaus sollen fast zwölf Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln in Digitalisierung fließen: Im Klartext heißt das, wir verlegen etwa 215 Kilometer neue Glasfaserleitung – ein wichtiger Fortschritt für die privaten Haushalte, aber auch ein Zukunftsthema für die Unternehmen in unserer Stadt. Denn eins ist klar: Ohne gesunde wirtschaftliche Basis wird Krefeld den dauerhaften Aufschwung nicht hinbekommen – einen Aufschwung, der langsam auch am Arbeitsmarkt anzukommen scheint. Im Jahr 2017 hat die Wirtschaftsförderung Krefeld über ihre Grundstücksgesellschaft wieder rund 39.000 Quadratmeter an Gewerbeflächen veräußert: Alleine bei den fünf größten Firmen Dräger, Bienen & Partner, Expeditors International, dem Heilpädagogischen Zentrum und Erlebe Fernreisen arbeiten annähernd 900 Menschen.

Ein weiterer Durchbruch, der uns 2017 gelungen ist, war die Verabschiedung des Konzepts „Theater mit Zukunft III“ gemeinsam mit Mönchengladbach: Damit ist unser Theater mit seinen rund 500 Beschäftigten bis ins Jahr 2025 finanziell abgesichert – bundesweit in der Kulturlandschaft ein einmaliger Vorgang. Außerdem haben wir durch die Gründung des Kommunalbetriebs Krefeld und des neuen Fachbereichs Migration und Integration die Reform der Verwaltung vorangetrieben – von den neuen Strukturen werden die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren profitieren.

Hinter diesen und weiteren Entscheidungen stecken viele Monate intensiver Gespräche und teils kontroverser Diskussionen. In diesen Runden kann man mit Händen greifen, was der eben formulierte Satz wirklich heißt: Demokratie bedeutet Arbeit. Sie wird uns nicht geschenkt oder auf dem Silbertablett serviert, sondern wir müssen uns immer wieder neu mit ihr herumschlagen.

Demokratie ist ein mühsames Geschäft: Sie beginnt bei Parkbänken, Straßenbäumen und Spielplätzen und sie endet bei den großen Entscheidungen für die Zukunft einer Stadt. Sie beginnt in den Bezirksvertretungen, die ganz nah dran sind am Alltag der Stadtteile; sie setzt sich fort im Krefelder Stadtrat; und sie reicht bis hinauf zum Landtag, zum Bundestag und zum Europäischen Parlament. Selbst unsere Grundrechte – Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, Versammlungsfreiheit – verlangen immer wieder aufs Neue Mühe und Arbeit.

In unserer direkten Nachbarschaft in Europa – ob in Polen, Ungarn und zum Teil auch in Österreich – da sind diese Grundrechte einigen Mächtigen lästig, und deshalb stehen sie mitunter zur Disposition, werden aufgeweicht oder mit Füßen getreten. Das dürfen wir in Deutschland niemals zulassen – obwohl es auch bei uns Kräfte gibt, die in diese Richtung denken, reden und handeln. Der Philosoph Karl Popper hat gesagt: „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren. Sonst zerstört eine freiheitliche Gesellschaft sich selbst.“

Zur Intoleranz gegenüber der Intoleranz sind wir alle aufgerufen – und die Teilnahme an einer demokratischen Wahl, als Wählerin und Wähler, als Wahlhelferin und Wahlhelfer, ist schon ein guter Schritt in der Erfüllung dieses Auftrags.

Der beste Weg, undemokratischen Kräften die Grenzen aufzuzeigen, ist aus meiner Sicht

nicht die schroffe Ausgrenzung, sondern eher die Stärkung nach innen: Es geht darum, auch innerhalb einer Stadt wie Krefeld, eine starke Wertegemeinschaft zu etablieren, in der Raum ist für verschiedene Interessen und Haltungen, aber kein Platz für die vollständige Negierung unserer Grundsätze.

Das fängt schon bei der Frage an, wie wir miteinander umgehen: Ich wünsche mir, dass wir uns in dieser Stadt gegenseitig respektvoll und wertschätzend behandeln, und ich betrachte es als meine Aufgabe, das als Oberbürgermeister vorzuleben.

Ich wünsche mir, dass wir Menschen und ihre Leistungen hinreichend würdigen, so wie wir es auch heute mit diesem Empfang tun, wie wir es aber auch mit der Ehrenamtskarte tun: Deren Einführung im abgelaufenen Jahr war ein wichtiger Schritt zur stärkeren Würdigung der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer in Krefeld.

Ich wünsche mir auch, dass wir in unserer Stadt Möglichkeiten der Begegnung schaffen – gerade dort, wo ein Dialog nicht selbstverständlich ist. Ein Beispiel dafür war kurz vor Weihnachten das gemeinsame Feiern des jüdischen Chanukka-Festes im Rathaus mit Vertreterinnen und Vertretern aller Religionen.

Ich wünsche mir, dass wir in dieser Stadt überall dort Unterstützung geben, wo diese Unterstützung am nötigsten gebraucht wird. Die herausragende Hilfsbereitschaft der Krefelder Bürgerschaft gegenüber den Flüchtlingen war ein markantes Beispiel dafür – aktuell erleben wir die Anfänge eines ähnlichen Engagements beim Thema Kinderarmut.

Als Verwaltung haben wir uns in diesem Bereich schon verstärkt, indem wir eine Koordinatorin für das Programm „Kommunale Präventionskette“ eingestellt haben – früher hieß das „Kein Kind zurücklassen“, kurz Kekiz. Darüber hinaus haben wir, wie Sie vermutlich gelesen haben, die neue Initiative „Krefeld für Kinder“ ins Leben gerufen: Dort sollen die Kräfte, die in Krefeld gegen Kinderarmut kämpfen, gebündelt und ausgebaut werden.

Ich habe unseren scheidenden Dezernenten Gregor Micus gebeten, nach seinem Ausscheiden Ende März den Vorsitz dieses Vereins zu übernehmen: Mit seinen weitreichenden Kontakten, seinen organisatorischen Fähigkeiten und nicht zuletzt seinem Gespür für Menschen ist Gregor Micus die Idealbesetzung für diese Funktion. Ziel der Initiative wird es sein, in Krefeld ein Netzwerk gegen Kinderarmut aufzubauen, um gezielt und regelmäßig Gelder einzuwerben und das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich zu fördern – dieses Netzwerk ergänzt und verstärkt die Kommunale Präventionskette.

Ich möchte gerne gemeinsam mit Ihnen allen daran arbeiten, dass wir irgendwann in einer Stadt leben, in der Kinder keine Not leiden müssen, in der sie sich nicht schämen müssen für ihre Lebensverhältnisse, in der sie von Anfang an die Chance auf eine glückliche Kindheit und eine gute Entwicklung haben.

Ich glaube, Krefeld bringt alle Voraussetzungen mit, um eine solche Stadt zu werden.

Das Engagement, das wir hier täglich erleben, ist auf allen Ebenen absolut bemerkenswert – sei es im Sozialen, an unseren Kitas und Schulen, in den Kirchengemeinden und

Hilfsorganisationen, im Sport oder in der Kultur. Die Menschen, die sich in ihrem jeweiligen Bereich einsetzen, sind ganz verschieden – manche arbeiten in erster Reihe, andere wirken eher im Hintergrund, manche sind stadtbekannt, andere wirken abseits des Scheinwerferlichts und sind in ihrer Funktion nicht minder unersetzlich.

Doch gemeinsam bilden sie bereits die Art von Wertegemeinschaft, die ich vorhin beschrieben habe:

Es sind Menschen, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen und dabei nicht in erster Linie auf die eigenen Interessen schauen. Es sind Menschen, die spüren, wo und wann sie gebraucht werden und die dann nicht zögern, aktiv zu werden. Es sind Menschen, die sich bei all ihrer Unterschiedlichkeit zu den Grundsätzen unseres Zusammenlebens bekennen und diese Grundsätze fördern und im Alltag ausgestalten – jeder auf seine eigene Weise.

Es sind Menschen wie Sie.

Ich wünsche mir, dass wir unsere gemeinsame Arbeit im Jahr 2018 fortsetzen. Denn im Alltag einer Stadtgesellschaft ist es gar nicht so anders wie bei einer demokratischen Wahl: Jeder Einzelne ist wichtig, und jede einzelne Stimme zählt – damit am Ende das große Ganze gelingen kann.